presse

Nachbesserung beim Bundesfreiwilligendienst gefordert – Träger „ächzen“ unter Mängeln

Acht Monate nach der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes hat die Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Trägern von Freiwilligendiensten eine Bilanz der Umsetzung Bundesfreiwilligendienstes (BFD) gezogen. Dazu erklären die Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement Ute Kumpf und der zuständige Berichterstatter Sönke Rix:

Acht Monate nach der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes zieht die Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion Bilanz. Ute Kumpf und Sönke Rix schlagen vier zentrale Maßnahmen vor.

Unser Dank gehört in erster Linie den Trägern und den Freiwilligen. Rund 35.300 konnten in den Bundesfreiwilligendienst vermittelt werden, etwa genauso so viele wie in die bewährten Freiwilligendienste FSJ und FÖJ. Dieser Erfolg geht nicht auf das Familienministeriums oder das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zurück. Die Zahlen sind ein Beleg für die Engagementbereitschaft Junger wie Älterer und für die funktionierende Trägerlandschaft in Deutschland. Trotz massiven Drucks und handwerklicher Mängel der Bundesregierung bei der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes ist es den Trägern gelungen, Freiwillige weiterhin für FSJ und FÖJ zu gewinnen und gleichzeitig den Bundesfreiwilligendienst auf den Weg zu bringen.

Nach der Einführungszeit werden die strukturellen Mängel deutlich. Die Träger machen sich für beide Freiwilligendienstformen stark, sehen aber grundsätzlichen Handlungsbedarf. Trägervertreter und -vertreterinnen "ächzen" unter der Bürokratie, dem fehlenden Bildungskonzept und der Kontingentierung der Freiwilligendienstplätze. Die Kontingentierung führt dazu, dass Bewerberinnen und Bewerbern für einen BFD-Platz abgesagt werden muss. Dies ist schwer zu vermitteln und birgt die Gefahr, freiwilliges Engagement im Keim zu

ersticken.

Massiv kritisiert wird der Umgang mit den Bildungsgutscheinen für Seminare bei den Bildungszentren des Bundes. Das Gutscheinsystem ist eine Fehlkonstruktion und in der Praxis nicht umsetzbar.

Beim Bundesfreiwilligendienst sind die Träger nicht verankert - ein Geburtsfehler, aus dem nun einige Probleme resultieren. Der BFD ist kein Ersatz für den Zivildienst, sondern eine neue Freiwilligendienstform, die mit den Trägern und Einsatzstellen entwickelt werden muss. Eine Vielfalt bei den Freiwilligendiensten ist ohne starke Träger nicht möglich. Die Träger stehen für die Qualität der Einsatzstelle, überprüfen die Arbeitsmarktneutralität und sorgen für passgenaue pädagogische Begleitung vor Ort.

Als Engagementpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion ziehen wir aus den Erkenntnissen des Fachgesprächs vier zentrale Handlungsbedarfe und werden diese in unsere parlamentarischen Beratungen einbringen:

- Das Trägerprinzip muss im Bundesfreiwilligendienst verankert werden, um den Trägern die Möglichkeit zu geben als gute und informierte Partner für den Freiwilligen ansprechbar zu sein sowie eine steuernde Funktion ausüben zu können.

- Das BAFzA muss demokratisiert und neu strukturiert werden. Die jetzige Doppelrolle des BAFzA unterhöhlt das Subsidiaritätsprinzip. Es fungiert einerseits als zentrale Behörde, die kontrolliert sowie Mittel bereitstellt, gleichzeitig aber auch als Zentralstelle für Einsatzstellen. Damit steht es in Konkurrenz zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

- Für den Bundesfreiwilligendienst muss ein ganzheitliches und nachhaltiges Bildungskonzept geschaffen werden. Es reicht nicht, wenn die Bundesfreiwilligendienstleistenden 25 Tage an Seminaren teilnehmen. Die individuelle Begleitung vor Ort ist essentiell. Hier können Bildungskonzepte aus dem FSJ und FÖJ Vorbild sein. Die Praxis der Bildungsgutscheine hat sich als nicht praktikabel herausgestellt.

- Es muss ein Gesamtkonzept für den Bundesfreiwilligendienst

ausgearbeitet werden, das der Vielfalt der Engagementformen gerecht wird. Dazu gehören Konzepte für den Umgang mit zeitintensivem Engagement genauso wie das Engagement von Älteren. Das Ende der "Freiwilligendienste aller Generationen" kann nicht durch den Bundesfreiwilligendienst in seiner jetzigen Form aufgefangen werden. Das Potential von älteren Engagierten droht verloren zu gehen.

Grundsätzlich gilt: Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich nach wie vor für einen quantitativen und qualitativen Ausbau aller Freiwilligendienste ein. Das gilt nicht nur für den BFD, sondern für die Vielfalt der Freiwilligendienste. Dazu gehört eine Anerkennungskultur für das Engagement der Freiwilligen, insbesondere in Hinblick auf Ausbildung, Studium und Beruf. Unser Ziel bleibt, jedem und jeder Interessierten einen Freiwilligendienstplatz anbieten zu können. Einem allgemeinen Pflichtdienst - der in regelmäßigen Abständen neu diskutiert wird - erteilen wir weiterhin eine klare Absage.